



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick:**

29. März 2018 | Nr. 33

Die Regierung steht, die Arbeit beginnt SPD und Union unterschreiben den Koalitionsvertrag

Am Montag, dem 12. März haben wir im Paul-Löbe-Haus den Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU unterzeichnet. Zwei Tage später fanden im Plenum des Bundestages die Kanzlerinnenwahl sowie die Amtsvereidigung von Angela Merkel statt.

Auf Vorschlag der Bundeskanzlerin hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mich zur Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz ernannt. Anschließend habe ich den Eid vor dem Deutschen Bundestag abgelegt. Auf diese neue Aufgabe freue ich mich sehr, besonders weil ich in der Rechtspolitik meine Wurzeln habe. Bevor ich Mitglied des Bundestages wurde, war ich als Richterin, als Rechtsanwältin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am

Bundesverfassungsgericht und am rheinland-pfälzischen Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz tätig. Aus diesem Grund ist mir das Umfeld sehr vertraut.

Nun geht die Arbeit richtig los. Ich freue mich, dass wir endlich daran gehen können, unsere zentralen Inhalte aus dem Koalitionsvertrag konsequent umzusetzen. Hier ist es für uns als SPD-Fraktion wichtig, dass die von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Verbesserungen für die Menschen schnell spürbar werden. Gesetze wie zum Beispiel das Rückkehrrecht von Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit, die Verbesserung in den KiTas oder die Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung sind längst überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Wir werden in der Regierung mit der Union zusammenarbeiten, aber durch unsere Arbeit auch deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen Union und SPD liegen.



Unser Team im Kabinett: Franziska Giffey, Svenja Schulze, Olaf Scholz, Heiko Maas, Hubertus Heil und ich.

Bild: SPD.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Partei hat diskutiert und gestritten. Das ist positiv, denn man merkt, die SPD lebt Demokratie! Am Ende entschieden alle Mitglieder über die Regierungsbeteiligung und am 11.3. stand fest, wir wollen regieren. Mit diesem Ergebnis bin ich zufrieden, denkt man an die inhaltlichen Erfolge, welche wir im Koalitionsvertrag verankern konnten. Jetzt beginnt die Arbeit und ich freue mich auf die kommenden Aufgaben. In dieser Ausgabe möchte ich deshalb auf Vergangenes zurückblicken und den Fokus auf die bevorstehenden Herausforderungen richten.

**Liebe Grüße
Eure Katarina**

Katarina

Was macht eigentlich eine Justizministerin?

Seit dem 14. März bin ich nun Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Viele Menschen sind seitdem auf mich zugekommen und haben mich gefragt, was die Aufgaben einer Bundesministerin sind. Ich möchte Euch hier einen Einblick in meine Arbeit geben.

Als Bundesministerin führe ich ein Haus mit fast 770 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche in sieben verschiedenen Abteilungen arbeiten. Jede dieser Abteilungen beschäftigt sich mit einem spezifischen Sachgebiet. Dazu zählen: Justizverwaltung, Rechtspflege, Bürgerliches Recht, Strafrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Völker- und Europarecht sowie Verbraucherpolitik.

Das Bundesministerium berät andere Ministerien bei der Vorbe-

ereitung von Gesetzesentwürfen. Des Weiteren erarbeitet es Gesetzesentwürfe unter eigener Feder. Ein wichtiger Arbeitsbereich im BMJV ist der Verbraucherschutz. Hier geht es darum, das Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Verbraucher zu reduzieren. Dafür werden Rechtsvorschriften erarbeitet, die Irreführung und Täuschung verbieten sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

Bei meiner Arbeit unterstützen mich im politisch-parlamentarischen Bereich die beiden Parlamentarischen Staatssekretär*Innen Rita Hagl-Kehl und Christian Lange. Sie sind für die Verbindung zwischen Bundestag und Ministerium zuständig. Für die Verwaltung des Ministeriums sind die beiden verbeamteten Staatssekretär*Innen Gerd Billen und Christiane Wirtz zuständig.

Nun möchte ich zügig daran ge-



Heiko Maas und ich bei der Amtsübergabe im BMJV. Lieber Heiko, danke für deine tolle Arbeit und viel Erfolg im Auswärtigen Amt!

hen, die vielen guten Inhalte des Koalitionsvertrages zielstrebig und konsequent abuarbeiten. Rechtspolitik und Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher ist Gesellschaftspolitik. Und eine moderne Gesellschaft braucht ein modernes Recht. Es liegen bereits viele Vorhaben auf meinem neuen Schreibtisch, die ich umsetzen möchte. Zum Beispiel die Einführung der Musterfeststellungsklage. Diese wird spätestens bis zum 1. November in Kraft treten und die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher verbessern. So können sich Betroffene künftig statt langer und teurer Einzelverfahren einer Musterfeststellungsklage anschließen.

Langweilig wird es in den kommenden dreieinhalb Jahren sicherlich nicht werden. Ich freue mich auf die neue Herausforderung.



Nach der Amtsübergabe zusammen mit meinen Staatssekretärinnen und Staatssekretären. V.l.n.r. Gerd Billen, Rita Hagl-Kehl, Christian Lange und Christiane Wirtz

Neujahrsempfang der Trierer SPD

Der Neujahrsempfang der Trierer SPD ist eine tolle Tradition in der Stadt Trier. Seit vielen Jahren trifft sich hier die Stadtgesellschaft. Durch die vielen guten und interessanten Gespräche war es wieder ein kurzweiliger und schöner Abend. Dieses Jahr waren wir im Foyer des Trierer Theaters zu Gast. Es war nicht nur ein würdiges Ambiente – sondern auch ein klares Bekenntnis der Trierer SPD zum Stadttheater. Vielen Dank dafür!

Foto: Der Künstler Thomas Brandscheidt überreichte Malu und mir zwei wundervolle Drucke.



Facebook-Datenskandal

Wir brauchen mehr Transparenz und besseren Datenschutz

Vor kurzem ist bekannt geworden, dass die Datenanalyse-Firma Cambridge Analytica illegal an Informationen von Millionen Facebook-Nutzerinnen und -Nutzern gekommen war. Dieser Datenmissbrauch betrifft auch Nutzerinnen und Nutzer aus Deutschland. Mittlerweile sind rund 30 Millionen Menschen aus Deutschland bei Facebook angemeldet.

Deshalb habe ich diese Woche die europäischen Vertreter des Unternehmens Facebook ins Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bestellt. Schließlich



Mein Statement zum Facebook-Datenskandal: Facebook muss Verantwortung übernehmen! Wir werden Unternehmen wie Facebook in Zukunft strenger überwachen müssen. Foto: BMJV Livestream

muss Facebook erklären, wie es zu dem Datenskandal kommen konnte und wie es die Privatsphäre seiner Nutzerinnen und Nutzer künftig wirksam schützen möchte. Gegenüber Facebook habe ich klargemacht, dass wir insbesondere Transparenz bei den Algorithmen brauchen. Facebook hat mir zugesagt, das wohlwollend zu prüfen.

Wir wollen Algorithmen trans-

parenter machen. Es muss klarer erkennbar sein, nach welchen Programmcodes Unternehmen wirklich vorgehen. Algorithmen entscheiden darüber, in welche Schubladen wir gesteckt werden. Im Fall Cambridge Analytica sind so die Verzagten mit Angstmacherei, die Wütenden mit Hassbotschaften bombardiert worden.

Wenn Facebook bemerkt, dass Daten abfließen oder für Zwecke genutzt werden, denen die Nutzerinnen und Nutzer nie zugestimmt haben, muss Facebook das sofort stoppen und seine Nutzerinnen und Nutzer und auch die Datenschutzbehörden informieren. Das ist bisher nicht geschehen, obwohl Facebook seit langem vom dubiosen Handeln von Cambridge Analytica wusste.

Natürlich stehen die Nutzerinnen und Nutzer hier einer geballten Wirtschaftsmacht entgegen. Das ist eine Situation „David gegen Goliath“. Der Rechtsstaat und der Verbraucherschutz müssen dieses Machtgefälle ausgleichen. Wir tun das zum Beispiel durch die Datenschutz-Grundverordnung, die ab Mai 2018 in der ganzen EU gilt. Vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes als Geldbuße können auch großen Digitalkonzernen richtig wehtun. Das wirkt abschreckend.

Amtsübergabe BMAS und BMFSFJ

Nach fast einem Jahr im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heißt es nun Abschied nehmen. Wichtige Herzensanliegen wie die Ehe für alle und der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende wurden verabschiedet.



Amtsübergabe im BMFSFJ. Franziska Giffey wünsche ich alles Gute bei ihren neuen Aufgaben!

Auch hier in den sozialen Medien haben wir unzählige Diskussionen über familien- und gesellschaftspolitische Themen wie die #metoo-Debatte und das Wechselmodell geführt. Die Zeit dort habe ich genossen. Ich habe großartige Unterstützung erfahren. Dafür Euch allen herzlichen Dank! Übergeben durfte ich diese große Aufgabe an Franziska Giffey. Ihr wünsche ich das Beste und viel Erfolg. Es war mir auch eine Ehre, seit Oktober gleichzeitig das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu leiten. Diese Aufgabe durfte ich an Hubertus Heil übergeben. Auch ihm alles Gute! Zukünftig werden sich meine Sachthemen ändern. Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir auch weiterhin hier und an anderen Stellen treu bleibt.



Das BMAS durfte ich an Hubertus Heil übergeben. Auch ihm wünsche ich Erfolg bei seinen Aufgaben im Ministerium.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - das ist unser Ziel

Breites Bündnis für gerechte Bezahlung von Frauen

Der Equal Pay Day markiert symbolisch das Datum, bis zu dem Frauen in einem Jahr umsonst arbeiten, während Männer hingegen ab dem 1. Januar bezahlt werden. So wird die bestehende Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Arbeitstage umgerechnet.

Denn noch immer erhalten Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 Prozent weniger Bruttostundenlohn als Männer. Über den Lebensverlauf summiert sich die Lücke auf 49 Prozent. Das hat teils dramatische Folgen für die Rente im Alter. Gerade Frauen sind immer noch besonders von Altersarmut bedroht. Das ist die traurige Realität in unserem Land. Doch dieses Jahr ist etwas anders. Unter dem Motto „Transparenz gewinnt“ stellt der Equal Pay Day das Entgelttransparenzgesetz in den Mittelpunkt. Denn seit Anfang dieses Jahres gilt



Die Bundestagsfraktion der SPD demonstrierte mit dem DGB Vorsitzenden Hoffmann für gerechte Bezahlung von Frauen.

Foto: Andreas Amann

eines der zentralen Elemente dieses Gesetzes. Durch einen Auskunftsanspruch haben Beschäftigte in Unternehmen mit über 200 Beschäftigten nun das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich mit einer Beschäftigtengruppe bezahlt werden, die die gleiche oder gleichwertige Arbeit leistet. Jetzt muss es darum gehen, dass jede Arbeitnehmerin und jeder

Arbeitnehmer seine Rechte kennt.

Wir sind auf einem guten Weg, aber es gibt noch einiges zu tun, bis wir die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft wirklich überwunden haben. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Das bleibt unser Ziel.

Jugend und Parlament:

Planspiel für Jugendliche im Deutschen Bundestag

Vom 23. bis zum 26. Juni 2018 findet die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ im Deutschen Bundestag statt. Die Veranstaltung richtet sich an politisch interessierte Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren. Interessenten können sich noch bis zum 31. März bewerben, darauf weist die Trierer Bundestagsabgeordnete Katarina Barley hin.

„Jugend und Parlament“ ist ein groß angelegtes Planspiel, das den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag simuliert. Dazu

übernehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vier Tage lang die Rollen fiktiver Abgeordneter. Das Planspiel vermittelt so den Jugendlichen eigene Erfahrungen und Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe und in die Arbeit der Fraktionen.

Aus dem gesamten Bundesgebiet werden insgesamt 355 Jugendliche eingeladen. Die Kosten für Anreise, Unterkunft und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag übernommen. Interessenten können sich ab sofort mit einem

kreativen Beitrag zum Thema „Wie stellst Du Dir eine jugendgerechte Politik vor?“ bewerben. Dies kann ein Kurzessay mit max. 3.500 Zeichen, ein Video, ein Lied, eine Collage oder jeglicher anderer kreativer Beitrag sein. Der Beitrag ist zu senden an: Bürgerbüro Dr. Katarina Barley, MdB, Christophstraße 1, 54290 Trier, Tel: 0651/975 99 40; katarina.barley@bundestag.de. Dort kann auch der Bewerbungsbogen angefordert werden. Weitere Informationen unter www.mitmischen.de/jugend-und-parlament.

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 29.3.2018 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Leif Knape [LK] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 23.3.2018

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Der Opfer des Nationalsozialismus gedachte der Deutsche Bundestag am 31. Januar in einer Sonderveranstaltung. Anlass war der 73. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945. Die Holocaust-Überlebende Dr. h.c. Anita Lasker-Wallfisch hielt die Gedenkrede. Die 1925 in Breslau geborene deutsch-britische Cellistin ist eine der letzten bekannten Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz.

Die heute 92-jährige Lasker-Wall-

fish mit seiner Familie gründete er die Non-Profit-Organisation Zachor Holocaust Remembrance Foundation, die die Erinnerung an den Holocaust für zukünftige Generationen bewahren will. Seine bewegende Geschichte hat er in einem Buch („Living a Life That Matters – From Nazi Nightmare to American Dream“) niedergeschrieben. Sie ist außerdem Teil des mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilms „Die Befreier“ von Emanuel Rotstein (TV-Sender HISTORY) über die Befreiung des KZ-Dachau. Im Anschluss an die Gedenkstunde im Bundestag diskutierten Ben Lasser

denken, sondern auch aufzustehen gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft. Denn trotz der Erfahrung des Holocaust und den Versuchen die Erinnerung an die Opfer zu erhalten, ist Antisemitismus in unserer Gesellschaft vorhanden.

„Das Gedenken an die Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden wachzuhalten, ist heute angesichts des Erstarkens von rechtsextremen Kräften in Deutschland und ganz Europa wichtiger denn je“, heißt es deshalb in dem fraktionsübergreifenden Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ (Drs. 19/444), der Fraktionen von SPD, Union, Bündnis90/Die Grünen und FDP, der am 18. Januar im Vorfeld des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus beschlossen wurde.

Ausschlaggebend für den Antrag war eine Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Deutschland, die ein Expertengremium in der letzten Wahlperiode im Auftrag des Bundestages erarbeitet hat. Den Handlungsempfehlungen des Expertengremiums folgend, fordern die vier Bundestagsfraktionen die Einsetzung einer/s Antisemitismusbeauftragte/n, der die Arbeit gegen den Antisemitismus ressortübergreifend koordiniert. Des Weiteren sollen das zivilgesellschaftliche Engagement und die Bildungsarbeit zur Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus ausgebaut werden.



Katarina Barley, Direktor Patrick Siegele und Ben Lesser im Gespräch im Anne Frank Zentrum in Berlin

Copyright „PR/HISTORY/Getty/Reuter

fisch erinnerte sich daran, wie die Judenverfolgungen in den 30er Jahren ihrem Familienleben ein jähes Ende setzten. „Das Idyll war zu Ende. Radikale Ausgrenzung. Wir mussten unsere Wohnung räumen und zurück ins Mittelalter“, sagte sie.

Als einer der noch wenigen verbliebenen Überlebenden der schrecklichen Greuelthaten der Nationalsozialisten nahm auch Ben Lesser an der Gedenkstunde teil. Der in den USA lebende Zeitzeuge hat sein Leben dem Erinnern an das Vergangene und der Arbeit für eine bessere Welt verschrieben. Gemein-

und ich mit Berliner Schülerinnen und Schülern über Antisemitismus. Menschen wie Ben Lesser zu erleben, zeigt mir noch einmal mehr, wie wichtig unser Kampf für eine offene Gesellschaft frei von Antisemitismus, Hass und jeglicher Ausgrenzung ist.

Entschlossen gegen Antisemitismus

Es war die erste Gedenkstunde seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Mehr als zuvor muss uns dies ein Anlass sein, nicht nur innezuhalten und zu ge-